

Der Zankapfel.

Seit dem Donnerstag vergangener Woche erfährt die Öffentlichkeit über die Kabinettsverhandlungen in der Hauptsache nur die lakonische Mitteilung, daß die Besprechungen innerhalb der Regierung fortgesetzt werden, weil eine Einigung über die Deckung des Defizits noch nicht erreicht sei. Trotzdem weiß man natürlich, daß sich die Auseinandersetzungen im Kabinett hauptsächlich um die Vorschläge drehen, die für eine wenigstens vorläufige Sanierung der in einem fast hoffnungslosen Defizit bedenkenden Arbeitslosenversicherung gemacht werden, Vorschläge, denen von ihren Befürwortern die Bezeichnung „Notopfer“ gegeben worden ist.

Einig ist man sich in allen Parteilagern der Regierungskoalition über eines: einen sehr erheblichen Zuschuß muß die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung erhalten, sonst ist sie sehr bald am Ende ihrer Kraft. Denn 2,5 Millionen Arbeitslose müssen „stempeln“ gehen, erfordern an Unterstützungsgeldern Dubende von Millionen über die Einnahmen der Reichsanstalt hinaus. Ein Teil dieses Zuschusses sollte nun durch Klüftigmachung von 150 Millionen Reichsbahnobligationen bereitgestellt werden, die sich im Besitz des Reiches befinden. Natürlich kam ein Verkauf auf offenem Geldmarkt nicht in Frage, sondern nur eine Lombardierung, also als Sicherheit für ein entsprechend hohes Darlehen. Oder, wenn sie tatsächlich „verfüßelt“ werden würden, dann nur an solche Stellen, die damit nicht alsbald am Geldmarkt erscheinen würden. Dr. Mosdenhauer versuchte es — aber nur mit einem verhältnismäßig geringen Erfolg — bei den anderen Institutionen unserer Sozialversicherung, nachdem der andere Versuch, dort eine Art „Notgemeinschaft“ der verschiedenen Zweige zwecks Sanierung der Reichsanstalt zu schaffen, sehr bald gescheitert war. Vielmehr setzte hier die grundsätzliche Forderung der Sozialdemokratie ein, das allgemeine Reichsdefizit dürfe nicht allein durch die Erhöhung der indirekten Steuern gedeckt werden, sondern auch mit Hilfe irgendwelcher Mehrbelastung durch direkte Abgaben. Nach einigem Zögern ließ sich auch das Zentrum für diesen Gedanken gewinnen, so daß eine Kabinettsmehrheit für dieses „Notopfer“ zustande kam. Von der Volkspartei ist es aber strikte abgelehnt worden und diese Ablehnung erkuf durch entsprechende Beschlüsse des Reichsausschusses und dann der Reichstagsfraktion dieser Partei eine neue scharfe Unterstreihung.

Durch dieses „Notopfer“ sollen etwa 100 Millionen aufgebracht werden, da von den 250 Millionen Zuschußbedarf der Arbeitslosenversicherung 150 Millionen irgendwie durch Verwertung der Reichsbahnobligationen abgedeckt werden. Der letzte Vorschlag sieht sich darauf zu, daß weder die Beamten allein noch überhaupt nur die Festbesoldeten dieses „Notopfer“ in Gestalt eines Zuschusses zur Einkommensteuer tragen sollen, sondern auf alle Einkommensteuerverpflichtigten soll ein solcher Zuschlag gelegt werden, allerdings nur bis zu einer Grenze nach unten hin, über die eine Einigung bisher nicht erzielt ist. Vorgeschlagen ist z. B., alle Einkommen über 700 Mark monatlich zu treffen, andere schlagen vor, diese Grenze zusammenfallen zu lassen mit der für die Verpflichtung zur Zahlung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages. An und für sich würde beides daselbe sein, nur tritt in dem zweiten Vorschlag, der sich, wohlgemerkt, nicht etwa nur auf die Festbesoldeten, sondern auf alle Einkommensteuerverpflichtigten in entsprechender Höhe bezieht, der Gedanke des Eintretens für die Arbeitslosenversicherung theoretisch deutlicher hervor. Vorgeschlagen wird übrigens auch eine Steuerprogression, also eine Staffelung nach oben, obwohl hiergegen eingewendet wird, daß ja die Einkommensteuer an sich schon eine solche Progression aufweist.

Im übrigen geht eine von demokratischer Seite kommende Äußerung dahin, dieses gesamte „Notopfer“ sozusagen zu einem Vorstoß der zu seiner Zahlung zu Verpflichtenden an das Reich zu machen. Der Einkommensteuerverpflichtigte nämlich, der jetzt dieses „Notopfer“ zu tragen habe, solle den gleichen Betrag auf das anrechnen dürfen, was er im Etatsjahr 1931/32 an Einkommensteuer würde bezahlen müssen. Ob ein derartiger Vorschlag, der einfach auf eine Vorwegentrichtung eines Teiles der im nächsten Jahre fälligen Einkommensteuer hinausläuft, auch die Zustimmung einerseits der Sozialdemokratie — die eine wirkliche Mehrbelastung, wenn auch nur eine einmalige, will —, andererseits der Deutschen Volkspartei, die eine solche Mehrbelastung ablehnt, nun auch tatsächlich erhalten wird, läßt sich im Augenblick nicht sagen, denn die Demokratische Partei ist gleichfalls gegen eine tatsächliche Erhöhung der direkten Steuern.

Wenn innerhalb der Regierungskoalition und des Kabinetts die Deutsche Volkspartei gegen das „Notopfer“ ist, so ist der Grund hierfür die Forderung, daß die Arbeitslosenversicherung zum mindesten mit dem 100-Millionen-Defizit selbst fertig werden, also wirklich und endlich auf eigenen Füßen stehen müsse, was der Zweck des Gesetzes über diese Versicherung sei. Außerdem verbindend nach ihrer Ansicht diese fortgesetzte Zuschußwirtschaft jede wirkliche Sanierung, jede durchgreifende Reform der Arbeitslosenversicherung und damit auch die vielfach angekündigte, nie durchgeführte, aber dringend notwendige Steuerentlastung. Entsprechende Beschlüsse — Ablehnung jeder Erhöhung der direkten Steuern, gesetzliche Festlegung einer Steuerentlastung für 1931 — hat der Reichsausschuss der Volkspartei gefaßt und steht damit im schärfsten Gegensatz zur Sozialdemokratie, die grundsätzlich eine Zuschußpflicht aus allgemeinen Reichsmitteln für die Arbeitslosenversicherung im Falle des Defizits, eventuell auch eine weitere Beitragserhöhung verlangt.

All dies hier nur skizzierbare Durch- und Gegen- einander wird noch verschärft durch die Forderung des Zentrums, daß man zu einer Einigung kommen müsse, ehe die letzte Entscheidung über den „Neuen Plan“ im Reichstagsfall. Dieser Termin läßt sich aber kaum noch viel weiter hinausschieben, als dies bis jetzt schon geschehen ist. Ob und wie nun der gordische Knoten durchzauen, der „Kankonkel“ so oder so befeilt wird, ist im Augenblick ungewisser denn je. Denn wieder hat sich das Kabinett vertagt, ohne endgültige Beschlüsse hierüber zu fassen.

Metropolit Sergius in der Kirche ausgepfiffen.

In einer Moskauer Kirche kam es zu Ausschreitungen der Gemeinde gegen den Metropolit Sergius, der bekanntlich kürzlich in Erklärungen vor der in- und ausländischen Presse die Sowjets gegen den Vorwurf christenfeindlichen Vorgebens verteidigt hat. Als der Metropolit vor den Altar trat, um die Messe zu lesen, sang die Menge an, zu pfeifen und den Geistlichen mit Äufen wie „Verräter, Judas, Feigling“ zu überschütten. Der Lärm war so groß, daß Sergius nicht weiter zelebrieren konnte und, um seine lobende Gemeinde zu beschwichtigen, mitten unter sie trat. Aber die erregten Gläu-

bigen zerrten ihn an seinen Gewändern, bespuckten ihn und versuchten, ihm das Patriarchenkreuz von seiner Brust zu reißen. Sergius blieb gar nichts anderes übrig, als die Kirche zu verlassen. Ein Gottesdienst in einer anderen Kirche, den der Metropolit abhalten wollte, wurde von der Gemeinde boykottiert.

Der deutsche Osten.

Reichsminister Dietrich in Frankfurt a. d. O. Bei einer Ortskundgebung der deutschen Jungdemokraten in Frankfurt a. d. O. sprach der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dietrich, über „Die europäische Zollpolitik unter besonderer Berücksichtigung des deutschen Ostens“. Ausgehend von der Vorriegslage, schilderte Reichsminister Dietrich die unauflösbare Wirrnisse des Zerfalls der beiden großen Wirtschaftsgebiete, die damals an der deutschen Ostgrenze bestanden, und sagte u. a.: Furchtbare Folgen hatte die Deutschland in Versailles bis 1925 aufzunehmene einseitige Weisbegünstigung. Seit 1925 hat nun aber der deutsche Handel mit den Oststaaten Europas trotz übertriebener Zollschranken einen starken Aufschwung genommen, der einer natürlichen Entwicklung entspricht. Die Bestimmungen, Deutschland zum reinen Inbudenland zu machen, das mit seinen Produkten im Ausland die erforderlichen Agrarprodukte eintaucht, werden der Lage Deutschlands und seiner Industrie inmitten der Weltwirtschaft nicht gerecht. Unheilvoll war für die deutsche Landwirtschaft der schwedische Handelsvertrag, den ich erst mühevoll habe ändern müssen. Aber nicht in allen Fällen kann mit Zollserhöhungen geholfen werden, wie überhaupt bezüglich der Zölle in der Landwirtschaft geradezu ein Übermaß herrscht. Die Lösung der Agrarfrage entscheidet über die

nationale Behauptung des deutschen Ostens.

Zum Schluß äußerte sich Reichsminister Dietrich zu den aktuellen Fragen der Politik und sagte u. a.: Ich habe versucht, einen Ausweg zu finden. Die strittigen 100 Millionen dürfen — das ist offenbar auch die Meinung des Herrn Reichspräsidenten — keine Regierungskrise hervorrufen. Es ist zurzeit keine andere Koalition möglich als die heutige, weil die Deutschnationalen seit dem Volksbegehren nicht regierungsfähig sind. Ich habe lediglich zur Erwägung anbegehrt, die strittigen 100 Millionen direkter Steuern in irgendeiner Form zu schließen, wenn die Sicherheit besteht, daß der nächste Etat 450 Millionen in der Endsumme niedriger und dieser Betrag zur Steuerentlastung verwendet wird.

Wirtschaftsverfälschung

mit besonderer Note.

Die Lage von Handel und Gewerbe.

Die Lage in Industrie, Handel und Handwerk hat sich im Februar verschlechtert. Im Bergbau weiß nur die Kalkindustrie vermehrten Absatz auf. Der Steinkohlenabsatz ging besonders in Oberschlesien ganz erheblich zurück. Die Gründe hierfür liegen nicht nur in der Verschlechterung der allgemeinen Konjunktur, sondern vor allem auch darin, daß sich die Händler nach den Erfahrungen des letzten Winters im Laufe des Jahres stark eingedockt haben. Die Geschäftslage an der Börse nahm trotz größerer Flüssigkeit des Geldmarktes zu. Die Ursachen hierfür sind ebenso wie in der immer noch ungeklärten Lage der Reichs- und Länder- und der Kommunal- finanzien wie in der Konjunkturdepression zu suchen sein. Der Baumarkt lag daneben. Die hohe Arbeitslosenziffer zeigt, daß Deutschland sich in einer Wirtschaftslage befindet, die trotz der Zusammenhänge mit der verschlechterten Lage auf dem Weltmarkt doch ihre ganz besondere Note hat.

Rückständige Reichsbahnzahlungen.

Pflichtleistungen an Gemeinden.

Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages hat eine Anfrage eingebracht, in der es heißt: Die Reichsbetriebe, insbesondere die Reichsbahngesellschaft, sind nach den Bestimmungen des gegenseitigen Besteuerungsgesetzes des Reiches, der Länder und der Gemeinden vom 10. August 1925 verpflichtet, den Wohn- gemeinden ihrer Arbeitnehmer Zuschüsse für den gemeindlichen Verwaltungsaufwand zu gewähren. Die Reichsbahn hat sich diesen Verpflichtungen auf Grund eines Urteils des Reichsbahngerichts entzogen. Sie hat sich nachträglich bereit erklärt, vom Jahre 1925 ab vorläufig für jedes Rechnungsjahr 2,5 Millionen Mark der Reichsregierung zur Verteilung an die Wohngemeinden zur Verfügung zu stellen. Eine Verteilung dieser zur Verfügung gestellten Mittel ist bis jetzt noch nicht möglich gewesen. Das Staatsministerium wird erucht, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die von der Reichsbahnverwaltung seit 1925 zur Verfügung gestellten Mittel den beteiligten Gemeinden beschleunigt ausbezahlt werden.

Gehr ernste Lage in Spanien.

Berenguer zurückgetreten?

Madrid. Die augenblickliche politische Lage in Spanien ist neuerdings in ein kritisches Stadium getreten; es hat den Anschein, daß zwischen dem König und dem Ministerpräsidenten Meinungsverschiedenheiten auf Grund der letzten republikanischen Kundgebungen hinsichtlich der Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung in Spanien aufgetreten sind. Während Berenguer die Ansicht vertritt, man müsse der politischen Propaganda gewisse Freiheiten lassen und langsam, aber sicher, zu Wahlen schreiten, scheinen der König und seine Anhänger eine gewaltsame Unterdrückung der monarchiefeindlichen Propaganda zu verlangen. Nachdem nun Berenguer und seine Regierung ausgeprochene Gegner jener Diktatur sind, scheint die Krise ausgebrochen zu sein.

In diesem Zusammenhang spricht man davon, daß Berenguer sein Entlassungsgeheuch dem König eingereicht habe und daß dieser den General Martinez Andino beauftragt habe, in Verbindung mit dem Militärgouverneur von Barcelona, General Barrera, und dem früheren Zivilgouverneur von Barcelona, General Vilas de Vosch, die Diktatur auf energischerer Basis wiederherzustellen. Diese Gerüchte erhalten eine gewisse Bestätigung durch die Tatsache, daß Martinez Andino vor wenigen Tagen im Sommerloß El Prado mit dem König eine lange private Unterredung hatte, sowie durch des erfernen Reise nach Barcelona und seine dortigen Konferenzen mit den oben genannten Generälen. Sollten sich diese Gerüchte bewahrheiten, dann ist ohne Zweifel eine überaus ernste Lage für Spanien geschaffen, da die Mehrheit des Volkes, welches sich gerade in letzter Zeit der republikanischen Idee sehr genähert hat, einer neuen Diktatur ablehnend gegenübersteht.

Es ist möglich, daß sich ein Teil der Armee weigern würde, diese Diktatur zu unterstützen, und man muß damit rechnen, daß in diesem Falle auch dem König die Gefolgschaft verweigert werden würde, was schließlich zu Zusammenstößen führen könnte.

Polnische Wanderarbeiter als Spione.

Schneidemühl. Wie der „Gesellige“ in seiner Montagsausgabe meldet, arbeitet die polnische Propagandaabteilung im polnischen Außenministerium intensiv an dem Ausbau der Auslandspropaganda. Ganz gewaltig Geldmittel werden für diesen Zweck ausgeben. Die engen Beziehungen zwischen polnischen Verbänden und der Warschauer Regierung sind bekannt. Jetzt geht die polnische Regierung daran, auch die polnischen Wanderarbeiter, die alljährlich nach Deutschland kommen — in diesem Jahre werden es bekanntlich rund 72 000 sein — in den Dienst der polnischen Spionage zu stellen. Die Organisation der polnischen Saisonarbeiter wird von den polnischen Behörden außerordentlich sorgfältig vorbereitet. Mit besonderer Sorgfalt nimmt man sich der Arbeiter an, die in das deutsche Grenzgebiet gehen. Sie werden verpflichtet, sofort mit den polnischen Vereinen und mit der polnisch sprechenden Bevölkerung Verbindung aufzunehmen. Die polnischen Verbände in Deutschland werden über die Personalkarte der nach Deutschland kommenden Arbeiter sofort informiert und haben die Anweisung, unter allen Umständen darauf zu achten, daß diese Verbindung auch tatsächlich aufgenommen wird. Wie viele von den polnischen Saisonarbeitern von der polnischen Spionage in Deutschland erfaßt werden, läßt sich schwer feststellen. Zweifello ist, so sagt der „Gesellige“, ihre Zahl aber nicht gering. Es erscheint dringend notwendig, daß man im Reich die Tätigkeit der polnischen Saisonarbeiter aufmerksam verfolgt. Einer Mühseligkeit, wie sie von polnischer Seite versucht wird, muß rechtzeitig ein Niegel vorgeschoben werden.

Franreichs neues Kabinett.

Regierungserklärung Mittwoch.

Das nach dem Sturz Chaumetps' abermals von Tardieu neugebildete französische Kabinett umfaßt nicht weniger als 34 Namen im ganzen und wird in der französischen Presse bereits heute als eine Riesensammlung von Politikern verschiedenster Richtungen bezeichnet, die mit einem arbeitsfähigen Ministerium wenig Ähnlichkeit besitzt. Das Außenministerium hat wieder Briand übernommen.

Tardieu's Gefolgschaft

hat unverkennbar einen starken Zug nach der Rechten hin, zumal die Radikalsoziale Partei sich außer zwei ihrer Abgeordneten nicht beteiligt hat. Man spricht von dem bevorstehenden Ausschluß dieser Abgeordneten aus der Partei. Radikalsoziale und Sozialdemokraten kündigen Tardieu offenen Kampf an. Dennoch wird gerechnet auf eine Mehrheit für das Ministerium von etwa 30 Stimmen in der Kammer.

Für Mittwoch ist die Regierungserklärung vor dem Parlament in Aussicht gestellt. Die Außenpolitik wird dabei in gleicher Weise wie beim ersten Kabinett Tardieu behandelt werden. In der Zukunft von Politik werden keine wesentlichen Abweichungen von dem Programm des gestürzten Chaumetps vorkommen. Breiten Raum soll die Finanzpolitik einnehmen. Eine Reform wird angekündigt werden. Veränderungen der Abrüstungspläne in bezug auf die Londoner Konferenz, auf die Saarverhandlungen und auf die Genfer Zollbesprechungen sind nicht zu erwarten.

500 000 000 Franc für den Ausbau der Verteidigung der belgischen Ostgrenze.

Brüssel. Der belgische Landesverteidigungsminister beabsichtigt, im Parlament einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem ein Fonds von 500 000 000 Franc geschaffen werden soll, der dem Ausbau der Verteidigung der Ostgrenze dienen soll.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Hellpachs Rückzug aus der Politik.

Professor Dr. Hellpach, der frühere badische Unterrichtsminister und Staatspräsident, hat in einem Schreiben an den geschäftsführenden Vorsitzenden der Demokratischen Partei mitgeteilt, daß er sein Reichstagsmandat niederlegt und gleichzeitig aus der Leitung der Deutschen Demokratischen Partei ausscheidet. Das Schreiben erklärt, daß Hellpach zu diesem Schritt nicht durch persönliche Verhältnisse, sondern durch den Wunsch veranlaßt worden sei, Bindungen abzustreifen, welche seine Meinungsäußerung oder Entschlußfassung zu den großen innenpolitischen Problemen der Zeit beschränken müßten. Professor Dr. Hellpach kandidierte bekanntlich nach Eberts Tod auch für das Reichspräsidentenamt. Für den Professor Dr. Hellpach wird der frühere Abgeordnete Parth (Ostpreußen) in die demokratische Reichstagsfraktion eintreten und das Reichstagsmandat erhalten.

Italien.

Merry del Bals Testament.

Der verstorbene Kardinal Merry del Val hat zum Erben seines gesamten Vermögens die Gesellschaft für die Verbreitung des Glaubens eingesetzt mit dem Wunsche, daß sie die bedürftigen Missionen unterstütze. Von den Legaten, die der Kardinal hinterließ, erhielt Papst Pius XI. ein Brustkreuz, das dem Kardinal von Papst Leo XIII. geschenkt wurde. Was die Verdigung anbelangt, hat der Kardinal in seinem Testament den Wunsch ausgesprochen, falls es möglich wäre, seinen Leib neben der Gruft des Papstes Pius X., dessen Staatssekretär er war, beizusetzen. Papst Pius XI. hat verfügt, daß dem Wunsche stattgegeben wird.

Aut In- und Ausland.

Berlin. Zu den deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen wird mitgeteilt, daß der Hauptteil der rumänischen Abgeordneten nach Bukarest zurückgekehrt ist. Der Führer der Abordnung und einige andere Herren sind jedoch in Berlin abblieben und führen die Verhandlungen fort.

London. Die kanadische Regierung hat im Parlament eine Vorlage eingebracht, durch die bestimmt wird, daß in Zukunft den Alkoholforderungen nach den Vereinigten Staaten keine Ausführbescheinigung mehr gegeben wird. Die Vorlage ist eine Folge der Verhandlungen zwischen der kanadischen und der amerikanischen Regierung.

Santo Domingo. Der dominikanische Nationalkongreß hat einstimmig den Rücktritt des Präsidenten Vasquez genehmigt und Estrella Urena zum provisorischen Präsidenten ernannt.

Melbourne. Der australische Gewerkschaftskongreß hat beschlossen, auf dem Verfügungswege die Wiederherstellung ungeschänkter Bevorrugung aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in den australischen Häfen zu verlangen.